

Appell von links: Bürger sollen gegen Rechts aufstehen

Unser SPD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Michael Simon ruft die Bürger zum Eintritt in demokratische Parteien und zum zivilgesellschaftlichen Engagement gegen die gesellschaftlichen Rechtsentwicklung auf.

„Wir müssen raus aus der Komfortzone. Das erinnert mich an das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte. Ich bin entsetzt, was sich hier gerade tut“, erklärt er in einer Pressemitteilung nach dem kürzlich bekannt gewordenen Treffen Rechtsextremer mit AfD-Funktionären in Potsdam, bei dem Pläne geschmiedet wurden, Menschen mit Migrationshintergrund zum Verlassen des Landes zu drängen. Verharmlosend würden in einem zynischen und menschenverachtenden Masterplan Vertreibungen dabei als „Remigration“ bezeichnet. „Ich bin erschrocken darüber, wie hier die Demokratie, die Menschenwürde und die Verfassung frontal angegriffen werden. Die gesellschaftliche Rechtsentwicklung und die Verachtung gegenüber der Demokratie und ihrer Institutionen duldet keine Passivität mehr. Es braucht eine klare Haltung, sonst gibt es ein böses Erwachen“, positioniert sich Simon. Er fordert eine deutliche gesellschaftliche Reaktion und Widerspruch auf diese rechten Machenschaften aus Politik und Zivilgesellschaft und einen vehementen Einsatz für den Rechtsstaat sowie eine weltoffene Gesellschaft. Es brauche auch Empathie für Menschen, die flüchten. Das sei keine Haltung, die diffamiert werden dürfe. Vielmehr brauche sie Unterstützung im Sinne einer menschlichen Gesellschaft, auch und gerade aus der Mitte der Gesellschaft. „Ich wünsche mir, dass die Bedrohungen für unsere Demokratie mehr wahrgenommen werden, auf die uns die Sicherheitsbehörden schon länger hinweisen.“

Seit Jahren knüpften Rechtsextremisten, Reichsbürger und die rechte Identitäre Bewegung ihre Netzwerke, unterstützt vom parlamentarischen Arm der AfD. Diese streben eine Gesellschaft an, die wir als Sozialdemokraten nicht wollen“, heißt es in der Pressemitteilung weiter. Es könne auch nicht sein, dass „konservative Politiker diese existenzielle Gefahr relativierten und mit blindem Eifer auf die Ampelregierung eindreschen“.